

**Motion Fraktion GFL/EVP (Verena Furrer-Lehmann, GFL) vom 5. Dezember 2002: Klee-Zentrum und Berner Kunstmuseum: Gemeinsame Ausrichtung – gemeinsame Struktur – gemeinsame Leitung (02.000520)**

In der Stadtratssitzung vom 16. Oktober 2003 wurde mit SRB 324 die folgende Motion Fraktion GFL/EVP, deren Forderungen den Charakter einer Richtlinie haben, erhebt und erklärt:

Das Klee-Zentrum ist im Bau. Gewisse Strukturen des Betriebs, namentlich die Vorstellung einer eigenen Direktion, sind unter den Trägern abgesprochen. Das Zentrum wird sich nicht auf die Ausstellung von Werken Paul Klees beschränken (können), sondern wird ein Ausstellungsort, für die Zeit der klassischen Moderne im weiten Sinn werden (müssen). In den ersten Jahren zweifellos eine Attraktion von weiter Ausstrahlung, wird das Zentrum im vorgegebenen finanziellen Rahmen langfristig nicht einfach zu betreiben sein.

Das Kunstmuseum – dies zeigt sich heute trotz gegenteiliger Beteuerungen in der Vergangenheit – wird es künftig schwer haben, sich ohne diese in seiner Sammlung und Ausstellungstätigkeit schwerpunktmässig gepflegten Zeitepoche durchzusetzen, selbst wenn ihm eine grössere Anzahl von Schlüsselwerken Paul Klees bleibt, die es offenbar nicht aus der Hand geben wird. Vor diesem Hintergrund ist die Idee einer gesonderten „Abteilung für Gegenwartskunst“ im Haus am Waisenhausplatz als Versuch eines neuen Aufbruchs entstanden:

Die beiden beteiligten Institutionen, Klee-Zentrum und Kunstmuseum, streben in derselben Sparte internationale Ausstrahlung an und werden damit zu Konkurrenten. Es darf nicht vergessen werden, dass der Bereich der bildenden Kunst mit Klee-Zentrum und Abteilung für Gegenwartskunst in kürzestem Zeitraum praktisch verdoppelt wird. Dies wirft in einer Zeit schlechter Finanzlage und der unsicheren Finanzierung durch die Stadt, den Kanton und die Gemeinden der Region die Frage nach Ausrichtung, Strukturen und Führung auf.

In dieser Hinsicht ist die heutige Ausgangslage für eine kleine Stadt wie Bern abstrus. Es braucht nicht zwei getrennte Kunstinstitute, die beide von ähnlichen Trägerschaften getragen werden, die beide in einem zentralen Bereich die gleiche inhaltliche Ausrichtung haben, die beide durch öffentliche Mittel getragen werden, aber beide über eigene Strukturen und eine eigene Direktion verfügen. Daran ändert die Absicht nichts, gewisse Dienste gemeinsam zu führen (Teile der Administration, Restaurierung, Aufsichten etc.), dies genügt nicht. Es wird notgedrungen eine Konkurrenzsituation zwischen Kunstmuseum und Klee-Zentrum entstehen, eine Konkurrenzsituation, die nachteilig ist und die sich Stadt und Kanton nicht leisten können. Dies gilt es zu vermeiden:

Das Potenzial der beiden Institute wird nur optimal genutzt werden können, wenn es gelingt, eine gemeinsame Strategie und gemeinsame Konzepte zu entwickeln. Solche Konzepte müssen gleichermassen die Inhalte, wie die Organisation betreffen. Auch die finanziellen Ressourcen und ihre Verwendung müssen koordiniert werden.

Die früher diskutierte „Holding-Struktur“ oder ein Museums-Dach sind keine zielführenden Lösungen, sondern ein kompliziertes und teures Aufblasen der Strukturen. Es braucht mehr als ein Dach: So wäre es ohne weiteres möglich, die Aktivitäten beider Häuser einer einzigen operativen Leitung (Direktion) zu unterstellen (dabei wäre zu prüfen, ob im Klee-Zentrum gewisse Aktivitäten wie Konzertbetrieb oder Kongressaktivitäten für diese Kooperation ausgeschlossen werden müssten). Dies würde es ermöglichen, eine langfristig koordinierte Ausstellungspolitik aufzubauen, bei der sich die beiden Häuser ergänzen würden, die Ressourcen fallweise gezielt einzusetzen, sich auch aktiv in eine Ausstellungs- und Kulturpolitik des ganzen Kantons einzuschalten.

Eine gemeinsame Leitung von Klee-Zentrum und Kunstmuseum brächte wesentliche Vorteile in inhaltlicher, organisatorischer und finanzieller Hinsicht. Der Gemeinderat wird demnach beauftragt:

- sich im Rahmen der zuständigen Aufsichtskommissionen für den Grundsatz einer gemeinsamen operativen Leitung (Direktion) einzusetzen,
- in Zusammenarbeit mit den beteiligten Stiftungen einen umfassenden Kooperationsvertrag auszuarbeiten mit dem Ziel einer gemeinsamen operativen und künstlerischen Leitung
- für die Periode nach 2007 dem Stadtrat nur noch einen Leistungsvertrag für beide Institutionen vorzulegen.

Bern, 5. Dezember 2002

*Fraktion GFL/EVP* (Verena Furrer, GFL), Ueli Stükelberger, Barbara Streit-Stettler, Michael Straub, Peter Künzler, Anna Coninx, Conradin Conzetti

Mit SRB 333 vom 29. Juni 2006 wurde die Frist zur Begründung der Motion, deren Forderungen den Charakter einer Richtlinie haben, bis zum 31. Dezember 2006 verlängert.

### **Bericht des Gemeinderats**

Der Vorstoss ersucht den Gemeinderat, sich im Rahmen der zuständigen Stiftungsräte für den Grundsatz einer gemeinsamen operativen Leitung von Kunstmuseum Bern (KMB) und Zentrum Paul Klee (ZPK) einzusetzen, mit den Stiftungen einen umfassenden Kooperationsvertrag auszuarbeiten. Dies mit dem Ziel, eine gemeinsame operative und künstlerische Leitung zu bilden und für die Periode nach 2007 nur noch *einen* Leistungsvertrag für beide Institutionen abzuschliessen.

Die Tatsache, dass dem Stadtrat zu Händen der Stimmberechtigten auch für die Jahre 2008 bis 2011 separate Subventionsverträge mit dem KMB und mit dem ZPK unterbreitet werden, zeigt klar, dass der Vorstoss nicht erfüllt ist. Dennoch ist im Sinn der Motion Vieles unternommen worden.

2004 vereinbarten die beiden Stiftungsräte eine unkomplizierte Regelung für die gegenseitige Ausleihe von Bildern. Dann kam es auf Initiative der Direktoren zu Gesprächen über die gemeinsame Planung der Ausstellungsprogramme. Schrittweise weiteten sich die Felder der Zusammenarbeit auf die Informatik, das Facility Management, die Anstellungsregelungen aus. Die Geschäftsleitungen treffen sich regelmässig. Im Sommer 2006 machten sich die Teams von KMB und ZPK an einer Klausur Vorstellungen ihrer Zukunft und entwickelten eine gemeinsame Vision. Mitte Februar 2007 findet die erste gemeinsame Ausstellung zu Oskar Wiggli statt.

Die Subventionsverträge für 2008 bis 2011 gehen noch weiter: Sie verpflichten KMB und ZPK, namentlich bei Ausstellungen und in betrieblichen Belangen zusammenzuarbeiten und dadurch Einsparungen von durchschnittlich je mindestens Fr. 150 000.00 pro Jahr zu erzielen. Diese Summe wird von der Subvention abgezogen. Zudem sollen die Stiftungen einen gemeinsamen Ausschuss einsetzen, der über Arten und Bereiche der Zusammenarbeit entscheidet, soweit diese die Zuständigkeit der Direktionen übersteigt. Dies ist im Dezember 2006 an einer gemeinsamen Sitzung beider Stiftungsräte bereits erfolgt. Und seit Anfang

2007 informieren KMB und ZPK über ihre Anlässe in *einer* Publikation. Die Entwicklung der Annäherung geht weiter.

Die Kooperation erfolgt auch in einem weiteren Rahmen. Im Herbst 2005 haben sich unter der Bezeichnung „Kunstraum BE“ das CentrePasquArt Biel, die Kunsthalle Bern, das Kunsthhaus Langenthal, das Kunstmuseum Bern, das Kunstmuseum Thun, das Museum Franz Gertsch Burgdorf, die Stadtgalerie Bern und das Zentrum Paul Klee zusammengeschlossen. Zweck des Verbunds ist der gemeinsame Auftritt gegen aussen in der Schweiz und im Ausland, die gemeinsame Nutzung kostspieliger Einrichtungen und Infrastrukturen, die Organisation gemeinsamer Weiterbildungen in Kunstvermittlung und weiterer wissenschaftlicher Veranstaltungen (im Sinne des Kolloquiums zum Klee-Bild „Ad parnassum“, das Kunstmuseum und Zentrum Paul Klee im Oktober 2006 durchgeführt haben) sowie die gegenseitige Abstimmung der Ausstellungsplanung. Für später vorgesehen ist eine gemeinsame Politik des Sammelns und des Umgangs mit den Raum und Pflege beanspruchenden Sammlungen. Zur Diskussion steht eine gemeinsame Herausgabe der Berner Kunstmitteilungen.

Warum keine Fusion? Der Mäzen des KMB, Hansjörg Wyss, hat mit seinem Engagement von 20 Millionen Franken zugunsten des Baus und künstlerischer Aktivitäten der neuen Abteilung Gegenwart die Forderung verbunden, die Stiftung KMB müsse für mindestens zwei weitere Subventionsperioden (also bis 2015) rechtlich, künstlerisch und finanziell autonom bleiben, aber in Zusammenarbeit mit dem ZPK und weiteren verwandten Institutionen alle sinnvollen Synergien in sämtlichen Bereichen des Museums nutzen. Der Regierungsrat des Kantons Bern und der Gemeinderat stimmten dem zu. Vorausgegangen war die Ablehnung einer Motion, welche die Fusion oder eine Subventionskürzung forderte, durch den Grossen Rat.

Auch ohne Fusion werden – wie dargelegt – viele Schritte getan, die sukzessive zu einer sehr engen Beziehung der Häuser führen. Wenn der Weg zur rechtlichen Vereinigung und organisatorischen Verschmelzung beider Stiftungen frei ist, dürfte sich die dannzumalige Realität davon auch finanziell kaum noch unterscheiden.

Bern, 14. Februar 2007

Der Gemeinderat